

der Jahreszahlung in Abzug gebracht. Besondere Anstalten hat Deutschland zu tragen.

Was Hughes gefagt haben soll

Paris, 7. August. Staatssekretär Hughes soll, wie der "Matin" erfahren haben will, den Regierungsoberleitern in Berlin erklärt haben, der Vorseplan sei die letzte Aussicht für Deutschland. Wenn es nach der Londoner Abmachung zum Bruch kommen sollte, werde die Verantwortung auf Deutschland fallen. Wenn es den Plan nicht durchführe, könne es auf die Vereinigten Staaten nicht mehr zählen. (Kann es je auf die Vereinigten Staaten zählen?)

Keine Erleichterung der deutschen Ausfuhr

Washington, 7. Aug. Von amtlicher Seite wird erklärt, es könne keine Rede davon sein, daß die Vereinigten Staaten ihre Alle-Deutschland gegenüber ermäßigten, um seine Ausfuhr im Zusammenhang mit dem Dawospian zu erleichtern.

Berlin, 7. August. Nach den aus London eintraffenden amtlichen Berichten sind bis jetzt nur geringe Fortschritte gemacht worden. Aus den vertraulichen Besprechungen des Reichskanzlers mit Mac Donald ist bis jetzt nichts bekannt geworden. Der Haasbericht bestätigt, daß bis Mittwochabend keine persönliche Aussprache des Reichskanzlers mit Mac Donald stattgefunden hat. Die wichtigsten Verhandlungen werden sich nach der "Times" in den nächsten Tagen in den vertraulichen Besprechungen vollziehen. Wie verlautet, wird Mac Donald nächsten Mittwoch dem Unterhaus über die Verhandlungen berichten.

Am Dienstag sind drei höhere Beamte der Reichsbank sowie Vertreter der Großbanken entsprechend einem Wunsch der in London versammelten Bankleute von London abgereist, um in dortigen Bankkreisen ihre Ansicht über die Konjunkturbeschlüsse bekanntzugeben.

"Flagrant Verzug"

Wie der diplomatische Berichtsstatter des "Daily Telegraph" mitteilt, kam es in der getrigen Abend Sitzung des Rates der Vierzehn zu einer langen Erörterung über die Bedeutung des Ausdrucks "flagrant Verzug". Auf englisch bedeutet flagrant absichtlich, auf französisch offenbar. Nach einstündiger Dauer wurde die Beratung vertagt.

Nach der "Westminster Gazette" glaubt man, daß die Eisenbahnfrage durch Jugendschlüsse geregelt werden könne. Die Frage der Räumung des Ruhrgebiets werde sich voraussichtlich als viel schwieriger erweisen. Die Deutschen seien dem Gedanken abgeneigt, in diesem Punkte einen Tauschhandel abzuschließen, da dies als Anerkennung der Reichsmöglichkeit der Ruhrbesetzung aufgefaßt werden könnte.

Neue Nachrichten

Gegen den Abbau des Eisenbahnpersonals

Berlin, 7. August. Bei der Umwandlung der Reichseisenbahnen in eine internationale Gesellschaft sollen nach einer amerikanischen Mitteilungsnotiz etwa 30 Prozent Beamte und Arbeiter entlassen werden. Die Eisenbahnerverbände haben in einer Eingabe die Reichsregierung gebeten, dafür einzutreten, daß der jetzige Beamten- und Arbeiterstand beibehalten werde.

Anleihe-Aufwertung

Berlin, 7. Aug. Wie verlautet, werden in den zuständigen Reichsministerien Erhebungen über die Aufwertung der Anleihen in späterer Zeit angestellt. Die Aufwertung soll aber in weit engeren Grenzen gedacht sein, als sie zum Teil von einigen Städtgemeinden für Stadtanleihen beschließt oder schon durchgeführt worden ist. Das Antreiben der Anleihekurse an den Börsen ist also verfrüht.

Der englisch-russische Vertrag

London, 7. August. Im Unterhaus teilte Staatssekretär Paulling mit, daß das Abkommen mit der russischen Vertretung nun doch zustande gekommen sei. Der Handelsvertrag sei in russischer Form abgeändert worden, daß die englische Regierung das Ausfuhrmonopol der Sowjetstaaten anerkenne und einer begrenzten Anzahl russischer Handelsvertretungen diplomatische Freiheit und Hoheit zugestehe. Die Sowjetregierung verpflichte sich, mit den englischen Inhabern der russischen Schuldverschreibungen zu verhandeln. (Schuldenbesitzer.) Die englische Regierung werde ein Gesetz einbringen, wodurch sie ermächtigt werde, für eine Anleihe an die Sowjetregierung die Bürgschaft zu übernehmen, das Abkommen sei ein Beispiel für die Vereinigungspolitik der Regierung.

Hög. Mac Keil lagte, die sogenannte Verhandlung Moskows mit den englischen Schuldverschreibern sei eine Komödie, das Bürgschaftsverprechen der Regierung aber ein Betrug.

Ungb. George lobte, daß die Beratung im Unterhaus bis zum Herbst verschoben werden solle. Das ganze Abkommen sei ein Schwindel. (Beifall bei der Opposition.)

Russische Einfälle in Polen

Warschau, 7. August. In letzter Zeit sind von Banden aus Sowjetrußland wiederholt Einfälle auf polnisches Gebiet gemacht worden. Die Banden sind mit Maschinengewehren, Handgranaten usw. ausgerüstet und haben ihr Hauptquartier in Minsk, wo sie militärisch ausgebildet werden. Eine Bande von etwa 100 Mann hielt dieser Tage den polnischen Grenzort Stalbe 3 Stunden lang besetzt. Post, Banken und Bahnhof wurden ausgeplündert, 9 Polizisten und 10 Einwohner erschossen. Auch die herbeigerufenen Mannschaften wurden von der Bande beschossen. Die polnische Regierung hat eine Einspruchnote nach Moskau geschickt.

Nach amtlichen Blättern soll die Moskauer Sowjetregierung in Holland und Italien 700 Flugzeuge, 40 Kraftwagen, 75 Tauchboote und eine große Menge Maschinengewehre gekauft und dafür große Waldbestände an italienische Gesellschaften abgetreten haben.

Serbien beschwert sich über Albanien

Belgrad, 7. August. Die Belgrader Regierung hat beim Pariser Völkerbund Beschwerde gegen die neue Regierung in Albanien erhoben, daß sie die Grenzfestung in Wodragro auf jede Weise fide, so daß es nötig geworden sei, jugoslawische Truppen zur Abwehr einzusetzen. — Die jüngst gekürzte Regierung in Albanien war ein Werkzeug Belgrads, die neue Regierung erweist sich der Unterwürigkeit. Die neue Regierung behauptet, daß die Angriffe und Übergriffe von den Serben ausgehen.

Die Unabhängigkeitsbewegung der Neger

Newyork, 7. August. Das liberianische Konsulat in Newyork ist vom Präsidenten von Liberia angewiesen worden, Pläne für die Anhänger des Negerführers Marcus Garvey nicht zu veröffentlichen. Garvey plant, im Oktober eine Expedition nach Afrika zu entsenden, um dort eine Kolonie zu gründen. Er erhebt eine politisch unabhängige afrikanische Republik. Gellern ist gegen ihn Anklage wegen falscher Abgabe seiner Einkommensteuererklärung erhoben worden.

Württemberg

Stuttgart, 7. August. 18. Bundestag der höheren Beamten. Heute vormittag begann im Bürgermuseum der 18. Bundestag der Inspektoren und Amtsmänner der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Sämtliche Oberpostdirektionen waren vertreten, das Reichspostministerium durch Staatssekretär Sauter. Nach dem der Geschehen des Weltkriegs gebacht worden war, wurde der Geschäfts- und Tätigkeitsbericht vorgelegt. Nach den wiederholten Erklärungen des Reichspostministers ist der Personalabbau bei der Post als beendet anzusehen, soweit nicht in einzelnen Fällen rein örtliche Abbaumassnahmen nötig sein sollten. Die Bestrebungen, das Reichspostministerium zu durchlöchern, wurden bekämpft und die Angriffe gegen die Art der Ausleihung der Schatzgelder zurückgewiesen. Der Bund zählt zurzeit 14 000 Mitglieder.

Stuttgart, 6. August. Kongress für Blindenwohl. Am zweiten Tag des Kongresses für Blindenwohl sprach Oberregierungsrat Dr. Schwarz-Berlin über die Beschulung der Blinden im Reich. Die Kosten der Erziehung und Bildung eines blinden Kindes werden auf jährlich 1000 M., für 12 Jahre also 12 000 M. geschätzt. Nicht geistliche Blinde kosten aber den Staat jährlich ebenfalls 1000 M. und dann für mindestens 30 Jahre 30 000 M. Direktor Mühs-Riel sprach über den gegenwärtigen Stand der Blindenanstalten.

Vom Tode. In Cannstatt wurde die Leiche eines seit einer Woche vermißten, 16 Jahre alten Bäckerelehrlings aus der Redar gefunden, der sich selbst ertränkt hat. — In einem Haus des Wilhelmplatzes verübte ein 54 Jahre alter Pflanzler durch Einatmen von Gas Selbstmord. — In Cannstatt verübte sich eine 45 Jahre alte Frau durch Gas zu vergiften, doch konnte ihr Vorhaben rechtzeitig entdeckt werden.

Aus dem Lande

Leonberg, 6. Juli. Beilegung. Der verstorbenen früheren Vizepräsident des Landtags, Rechtsanwalt Dr. Sontheim Roth, wurde gestern nachmittag auf dem Eisinger Friedhof beigesetzt. In Trauergefolge befand sich auch Staatspräsident Bogale, Finanzminister Dr. Dehlinger und Landtagspräsident Körner, sowie Abgeordnete verschiedener Parteien. Die Vereine von Leonberg und Eisingen waren mit ihren Fahnen erschienen, die Bandmannschaft "Schottland" mit 3 Chorgliedern und zahlreichen Kindern und alten Herren. Am Grab wurden zahlreiche Kränze niedergelegt u. a. auch von Oberst Sieglar namens des ehemaligen Landsturmbataillons, in dessen Reihen der Verstorbenen den Krieg mitgemacht hatte.

Weinsberg, 7. August. Die Weibertreu. Zum erstenmale findet am Sonntag den 17. August 1924 eine Fehde auf der weltberühmten "Weibertreu" in Weinsberg durch Professor Dr. Reihner statt. Zusammenkunft nachm. 3 Uhr am Eingang zur Burgruine. Dasselbst zugleich Konzert der Stadtkapelle Weinsberg.

Geisdorf, 7. August. Wildschweine. In den Umpurger Bergen treten gegenwärtig wieder Wildschweine ihr Unwesen. Nach verschiedenen Angaben sollen vier Stück gefangen worden sein.

Waldorf Oß. Tübingen, 7. August. Jagdunfall. Der hiesige Jagdschützer Friedrich v. Telfin von Hochdorf war im Gemeindefeld auf dem Anstand mit seinem jüngeren Bruder. Während er diesem das anteiendend nicht gesicherte Gewehr übergab, um die Weider zu reinigen, endete sich ein Schuß und Herr. von Telfin brach tödlich getroffen zu Boden.

Cannstadt, 7. August. Vom Tod gekürzt. In Bergs bei Holz hängte ein fremdes, etwa 24jähriges Mädchen beim Hinunterfahren der Steige so unglücklich vom Rad, daß es bewußtlos gegen die Erde. Es wurde ins hiesige Krankenhaus transportiert, wo es bis jetzt noch nicht zum Bewußtsein gelangt ist.

Eisenberg Oß. Wangen, 7. August. Kreuzrittern. Ein im Wälder Wald mit dem Aussehen junger Fichten beschaltigter Dienstbote hatte eine Flasche mit Wolf in leuchtendem Grunde aufbewahrt. Als er nach der Flasche greifen wollte, bemerkte er zu spät, daß sich eine Kreuzotter um den Hals herum gewunden hatte. Bligthorn sprang die giftige Otter auf und biß ihn in die Hand. Der Gefährte hat sofort Gegenmaßnahmen ergriffen.

Leininger, 7. August. Mit der Fahne gestorben. Michael Karas, Maurer und Veteran, langjähriges Mitglied des Kreuzrittersrats und Bürgerausschusses, wollte am Sonntag früh mit der Fahne in der Hand an der Spitze des Veteranen- und Militärvereins zum Friedhof marschieren, um die gefallenen Helden zu ehren. Vor seinem Hause sank er plötzlich im Festzug zu Boden, die Fahne fest umklammert, und verschied kurz darauf.

Tellnang, 7. August. Raifärsammlung. Im Oberamtbezirk wurden dieses Jahr insgesamt 1745 Hektar Raifärs gesammelt unter einem Kostenaufwand von

rund 3000 Goldmark. Bedenkt man, daß jedes Braunerweibchen etwa 20-40 Eier ablegt, so vermag man zu ahnen, welche große volkswirtschaftliche Werte durch die Vernichtung der Schädlinge gerettet worden sind.

Vom Mörder. 7. August. Selbstmord. In Hohenberg (bayer. Württemberg) hat sich der rechtskundige Bürgermeister Hans W. Schmitt erschossen. Er erlittigte wie sonst keine Arbeiten und nahm noch vorher einen Einlauf vom Oberstaatssekretär entgegen. Nach 10 Minuten etwa fiel ein Schuß, der den sofortigen Tod des in den besten Jahren stehenden Mannes zur Folge hatte. Ohne Zweifel ist Selbstmord die Ursache des bedauerlichen Schicksals.

Vom Vodensee. 7. August. Des Kindes Schicksal. Dieser Tage scheiterte in Meerburg in der Unterstadt die Pferde eines Wirtshausbesizers. Eines von ihnen erlitt ein kleines Kind und trat es unter sich derart mit den Füßen, daß ein Davonkommen ganz ausgeschlossen schien. Das Kind jedoch rollte sich zusammen wie ein Igel und blieb ohne jegliche Verletzung.

Vom Vodensee. 7. August. Die Palmen auf der Insel Mainau. In einer Pressemitteilung vom Württembergischen Garteninspektor mit, daß der Inhalt der betreffenden Karte angeht, das freudige Erlebnis, des spigen Wühlers und Fruchttragens der in Rede stehenden Palmen mindestens verfehlt erscheint. Wenn auch nicht zu leugnen ist, daß die Palmen nicht mehr so üppig und prächtig stehen, als in der Zeit, wo sie noch vor des Winters Strenge geschützt wurden, so sind sie doch immer noch recht ansehnlich und es ist zu hoffen, daß die Letztes noch manches Jahr widerleben werden. Es ist überhaupt erstaunlich, wie viele Kinder einer kälteren Flora die Härten des Winters so lang und so gut haben überleben können. Denn nach immer sind die Palmen der Insel Mainau durch ihre Höhe von 12 Metern eine Sehenwürdigkeit.

Aus Stadt und Land.

Kogod, den 7. August 1924.

Hebestragen. Der Herr Staatspräsident hat das erblühte Oberamt Redar zum Oberamtmann Müns, Oberamtsoberamt in Kogod, seinem Ansuchen entsprechend, übertragen.

London. Winterkulturen. Sämtliche landwirtschaftl. Marktschulen in Württemberg werden in diesem Jahr am 1. November eröffnet.

Der Zinswucher

Aus Geschäftskreisen wird uns geschrieben: Jeder Mensch der über die Kriegs-, Revolutions- und Inflationszeit hinweg aus sich seine fünf gesunden Sinne bewahrt hat, muß sich heute an den Kopf fassen, wenn er jetzt das Zinswuchern erlebt, das unter dem Namen Wirtschaftswucher bekannt ist. 24-72, ja 100 Prozent Zinsen für das Jahr sind üblich. Das ist ein heller Wahnsinn! Welche Volkswirtschaft hält das aus! Welche Betriebe können das tragen, ohne zu scheitern, ohne das ganze Volk zu ruinieren! Durch diesen Zinswucher arbeiten die werktätigen Berufe, arbeiten die werktätigen Volk nur als Fronknechten des Kapitals, nur für die Trohnen der Geldgeber. Die produktive Wirtschaft verfauldet bis zur Unkenntlichkeit; die Schulden wachsen ohne daß aus der Produktion eine Zinsen- oder gar Rückzahlungsmöglichkeit besteht.

Ist die Regierung gegen dieses Unwesen machtlos? Die Reichsbank nimmt als hohe Vermittlungsgebühr für die Rentenmark 7 Prozent! Wir erwarten, daß der Reichsbankpräsident öffentlich vor dem Volk Rechenschaft gibt. Die Finanzämter nahmen bisher auf Anweisung des Reichsfinanzministeriums von den Armen Teufeln, die das Geld für die Steuern nicht beschaffen können, bis zu 60 Prozent Verzugszinsen! Jetzt sind es immer noch bis zu 24 Prozent! Wer berechtigt den Reichsfinanzminister dazu?

Was das, was im Herbst 1923 nach Helfferichs Plan gefangen ist, bei gutem Willen nicht schon früher möglich, nämlich, ebe das flüssige Volkvermögen in die Hände ausländischer und inländischer Hochkapitalisten gewandert war! Ebenfalls heute es heute mit dem Zinswucher. Es gibt Mühs und Wege, ihm zu begegnen, aber es geschieht nichts.

Man kann urteilen, daß durch die allgemeine politische Lage und durch die knappen Geldverhältnisse jetzt andere Zinsätze berechtigt sein mögen als vor dem Krieg. Dies ist eben eine Folge unserer Armut. Aber das jetzige Maß übersteigt alle Vernunft.

Tragt man dann Verantwortliche, warum hier nicht eingegriffen wird, so verhängen sie sich abschließend hinter dem Schlagwort: "Wir können nicht mit dem Geld der Welt fertig werden." Die Weltwirtschaft machen sie leistungsfähig mit den Naturalien. Dieser Vergleich ist nicht richtig, denn vergleicht man die damaligen Papiermarkpreise für die landwirtschaftlichen Produkte mit dem heutigen Goldwucher, so wird man sehen, daß damals die deutsche Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse oft nur soviel Goldmarken bekam, als heute der wirkliche Wert auf Goldmarken belief. Heute aber zahlen die Geldwucherer zehn- bis zwanzigmal so hohe Goldmarken wie im Frieden. Die Folgen der Naturalienwirtschaft waren Scheitern und Abwanderung nach dem Ausland. Bei einer deutlichen Zinseneinschränkung hätte aber keine Abwanderungsfahrt unseres Kapitals nach dem Ausland, da in der Welt sonst ganz niedrige Zinsätze gelten. Von einer Unterverzinsung des Kapitals könnte keine Rede sein, wenn die Zinsgrenze zum Beispiel vorläufig auf den doppelten Friedenssatz festgelegt würde.

Der Württ. Hypothekengläubiger- und Sparschatzverband. W. B. bittet um Aufnahme der nachstehenden Ausföhrungen:

Der Kampf um eine gerechte Aufwertung. Der Württ. Hypothekengläubiger- und Sparschatzverband hat am 2. und 3. August in Ulm, Ulmerod, Buchau, und Ravensburg öffentliche Versammlungen abgehalten, die zum Teil außerordentlich stark besucht waren und in denen überall der lebhafteste Unwille gegenüber der Haltung des Reichsfinanzministeriums



